

Zugang zu Abtreibung schwindet in Mileis Argentinien seit Legalisierung

In Argentinien, wo Abtreibungen seit 2021 legal sind, erschwert die Regierung unter Milei zunehmend den Zugang zu sicherer Empfängnisverhütung und Abtreibungsdiensten. Erfahren Sie mehr über die aktuellen Herausforderungen.

Montecarlo ist eine kleine Stadt in der Provinz Misiones, **Argentinien**, mit knapp 20.000 Einwohnern. Wer durch die Stadtviertel schlendert, findet gepflasterte Straßen vor, während die meisten anderen Straßen aus Erde bestehen. Um von dieser Stadt in die Provinzhauptstadt Posadas zu gelangen, muss man etwa drei Stunden fahren.

Die Herausforderungen für María

María, die darum bat, ihren echten Namen nicht zu nennen, um nicht erkannt zu werden, erzählt, dass in Montecarlo alle Nachbarn einander kennen. Sie hat vier Kinder: das älteste ist 13 Jahre alt, das jüngste etwas über ein Jahr. Während sie mit mir spricht, stillt sie ihr Baby und erklärt, dass sie seit einiger Zeit für alle Haushalts- und Kinderbetreuungsaufgaben verantwortlich ist. Ihr Ehemann hat seinen festen Job im Februar verloren und musste in eine nahegelegene Stadt ziehen, wo er Reinigungsarbeiten in Feldern übernimmt.

Die schwierige Entscheidung

Im Juli bemerkte María eine Verzögerung ihrer Periode, obwohl sie Verhütungsmittel benutzte. Die Situation zu Hause war alles

andere als einfach, und als alleinerziehende Mutter von vier Kindern war es für die Familie schwierig, jeden Monat über die Runden zu kommen. Sie betont, dass es keine Option sei, ein weiteres Kind zu bekommen. Sobald sie den Verdacht hatte, schwanger zu sein, ging sie zu ihrem regulären Frauenarzt, der ihr bei der Geburt ihrer Kinder geholfen hatte.

„Als ich es erfahren habe, geriet ich in Panik, denn mein Baby war zu diesem Zeitpunkt erst ein Jahr alt. Bei meinen anderen Geburten gab es Komplikationen, und nach der letzten sagte mir der Arzt, es sei unmöglich, ein weiteres Kind zu bekommen, da es zu riskant wäre“, erklärt María im Interview mit CNN.

Die Suche nach Hilfe

Während der Untersuchung fragte María nach ihren Optionen, um einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen, doch der Arzt sagte ihr, dass er solche Verfahren nicht durchführe, und bat sie, zu gehen. Nach dieser ersten negativen Antwort ließ María sich im örtlichen Krankenhaus einen Termin geben. Dort bat sie ebenfalls um Hilfe, aber man konnte ihr keine Informationen über Alternativen anbieten. Also suchte sie nach einer dritten Möglichkeit: Sie reiste nach Eldorado, einer Nachbarstadt von Montecarlo, wo das öffentliche Krankenhaus eine Familienplanungsabteilung hat.

Dort wurde sie mit anderen Patientinnen zusammengeführt und ihnen wurde erklärt, wie der Abbruch abläuft. Als einige von ihnen fragten, ob das Krankenhaus die Medikamente bereitstellen würde, erfuhren sie, dass es nicht genug gäbe und sie ein Rezept erhalten würden, um das abtreibungsinduzierende Medikament Misoprostol privat zu kaufen.

Der Kampf um das Medikament

„Zu diesem Zeitpunkt hatte ich keine 100.000 Pesos (ca. 73 Dollar zum Parallel-Wechselkurs im Juli). Mein Mann hatte seinen

festen Job verloren, also ging ich ins öffentliche Krankenhaus, um es kostenlos zu bekommen“, erklärt sie und fügt hinzu, dass sie auch bei Fachleuten im öffentlichen Krankenhaus in ihrer Nähe nach Misoprostol fragte, diese jedoch auch keine kostenlosen Medikamente hatten.

„Als ich nachfragte, sagten sie: Nein, wir haben nichts. Ich begann zu weinen, als ich nach Hause ging, überwältigt von Verzweiflung, weil mein Mann weit weg arbeiten war und ich allein zurückgeblieben war. Es fühlte sich an, als seien mir alle Türen verschlossen. Und ich kam weinend mit meinem Baby in den Armen nach Hause“, berichtet María.

Die Situation im Gesundheitsministerium

CNN kontaktierte das Gesundheitsministerium der Provinz Misiones, wo man bestätigte: „In diesem Jahr hatten wir einen erheblichen Mangel im Nationalen Programm für sexuelle Gesundheit, insbesondere bei der Bereitstellung von Gesundheitsprodukten einschließlich Misoprostol. Die Provinz arbeitet daran, die Situation zu beheben, und spezifisch im Rahmen der Anfrage werden Behandlungen an die Krankenhäuser gesendet, um den Zugang zu gewährleisten.“

Seit Beginn seiner Amtszeit hat die Regierung des argentinischen Präsidenten Javier Milei den Kauf von notwendigen Materialien für den Zugang zu Abtreibungen gestoppt und hat nicht eine einzige Box von Misoprostol oder Mifepriston geliefert – essentielle Bestandteile zur Gewährleistung des Zugangs zu Abtreibungen für Schwangere.

Rechte auf Abtreibungen unter Druck

Abtreibungen wurden in Argentinien 2021 in allen Fällen bis zur 14. Schwangerschaftswoche legalisiert. Gemäß der Gesetzgebung hat eine Person, die einen Abbruch wünscht, das Recht, dies sicher und kostenlos zu tun. Dennoch wird es zunehmend schwieriger, dieses Recht im Land auszuüben, wie

Organisationen, die sich für reproduktive Rechte in Argentinien einsetzen, bestätigen.

Ein Bericht der Nationalen Direktion für sexuelle und reproduktive Gesundheit des Gesundheitsministeriums Argentinien aus Mai stellte fest, dass die Verteilung von Medikamenten und Ausstattungen für manuelle Vakuumaspiration bis zu diesem Zeitpunkt aufgrund von Lieferengpässen nicht durchgeführt wurde.

Suche nach Lösungen

Letzten Endes suchte María als letzte Möglichkeit online nach Alternativen und fand Amnesty International, die sich für Menschenrechte einsetzt. Über ein Formular auf deren Website teilte sie die Hindernisse mit, die sie beim Zugang zu einer Abtreibung in ihrer Provinz erlebte. Innerhalb einer Woche kontaktierten Fachleute der NGO sie und gaben ihr Anweisungen, wie sie die Medikamente kostenlos erhalten könne, um ihr Recht auf eine legale, sichere und kostenlose Abtreibung durchzusetzen.

María ist einer der Fälle, in denen Amnesty International eingreifen musste, um eine sichere Abtreibung zu gewährleisten. Gemäß dem Gesetz haben Personen, die diesen Eingriff vornehmen lassen wollen, das Recht darauf, innerhalb von maximal zehn Tagen behandelt zu werden. Es dauerte jedoch fast einen Monat, bis María eine Abtreibung erhielt.

Kritische Situation für Frauen in Argentinien

Berichte über Barrieren beim Zugang zur Schwangerenunterbrechung hatten laut Amnesty International im Jahr bis August 2024 im Vergleich zum Vorjahr um 80 % zugenommen. Lucila Galkin, Direktorin für Gender und Diversität bei Amnesty International Argentinien, warnt: „Offizielle

Informationen besagen, dass bis Oktober keine Vorräte vorhanden sein sollten, aber wir wissen, dass die Situation noch schlimmer ist.“

Galkin erklärt weiter: „Im Jahr 2023 wurden landesweit nahezu 150.000 Behandlungen mit der Kombination von Misoprostol und Mifepriston garantiert oder verteilt, doch in diesem Jahr haben die Provinzen keinen Vorrat erhalten.“ Zudem berichten Fachkräfte von RedAAS, dass das Fehlen der Verteilung dieser Medikamente mit einem Mangel an Kondomen, oralen Kontrazeptiva und Gesamtausstattung für sexuelle und reproduktive Gesundheit einhergeht.

Langfristige Lösungen nötig

Laut Amnesty International und RedAAS suchen die Provinzregierungen nach Alternativen, um die Lücke zu füllen, die die nationale Regierung im Bereich reproduktiver Gesundheit hinterlassen hat. „Einige Provinzen haben sofort direkte Käufe getätigt, denn andernfalls werden die Rechte von Frauen und Schwangeren verletzt“, erklärt Galkin.

Der Effekt dieser Schwächung durch Mileis Regierung könnte weitreichend sein, so Ramos. Frauen, die keinen Zugang zu einer Abtreibung haben, könnten sich zu unsicheren Abtreibungen gedrängt sehen oder gezwungen werden, eine unerwünschte Schwangerschaft fortzusetzen. Galkin schlussfolgert: „Es hat sich gezeigt, wie die legale freiwillige Schwangerenunterbrechung dazu beigetragen hat, die Müttersterblichkeit durch Abtreibungen zwischen 2020 und 2022 um 53 % zu senken. Es handelt sich um einen Gesundheitsdienst, der Teil des verpflichtenden Gesundheitsprogramms sein muss und der der Bevölkerung zur Verfügung stehen muss.“

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at